

Liebe Oberbergerinnen, liebe Oberberger,

ich danke euch, dass ihr heute hier seid.

Wir alle hätten sicher etwas besseres zu tun, als hier so beengt auf dem Bürgersteig zu stehen. Geht aber nicht. Wir müssen heute hier sein. Ich bin als Naturwissenschaftler kein Freund von Pathos, aber es geht tatsächlich hier und heute darum, unsere Demokratie und unsere Gesellschaft zu verteidigen.

Wir müssen uns wehren gegen das, was sich dort gegenüber, im sogenannten Wahlkreisbüro, zusammenbraut. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Eugen Schmidt ist vor zwei Jahren von der anderen Rheinseite ins Oberbergische gezogen und will jetzt hier Einfluss nehmen. Obwohl ihn kein Mensch hier gewählt hat, ist das da drüben sein Wahlkreisbüro – finanziert mit unserem Steuern. Der Herr Schmidt ist Sprecher der „Russlanddeutschen für die AfD NRW“, in dieser Eigenschaft hat er für heute hier zum Herbsttreffen der „Russlanddeutschen für die AfD“ eingeladen. Das Treffen ist nicht öffentlich, wer kommen wollte, musste sich bei einem AfD-Mann in Drolshagen anmelden. Als Gast hat Eugen Schmidt einen „geschätzten Kollegen“ angekündigt. Der Kollege ist so geschätzt, dass Schmidt auf Telegram ein gemeinsames Foto mit ihm beim AfD-Europawahlkonvent im August 2023 gepostet hat. Das Brisante an dem Kollegen: Er ist zwar wie Schmidt Mitglied des Bundestages, er ist wie Schmidt Mitglied der AfD – aber er ist im Gegensatz zu Schmidt nicht Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion. Wie geht das? Es handelt sich bei dem „geschätzten Kollegen“ um Matthias Helferich aus Dortmund. Der ist über die NRW-Landesliste in den Bundestag gekommen. Kurz vor der Wahl sind dann aber Verbindungen in die Dortmunder Nazi-Szene und Äußerungen von Helferich bekannt geworden, die selbst der AfD zu extrem rechts waren. Unter anderem hatte Helferich sich als „das freundliche Gesicht des NS“ bezeichnet. Die Folge: Er ist nicht Mitglied der Fraktion, sondern sitzt als fraktionsloser Abgeordneter im Bundestag. Als solcher provoziert er im Parlament, indem er mit einem T-Shirt der gesichert rechtsextremen „Jungen Alternative“ ans Rednerpult tritt. Er verbreitet im Bundestag den Verschwörungsmythos von den geheimen Mächten, die angeblich planen die Bevölkerung in unserem Land auszutauschen – er nennt das „Ersetzungsmigration“ und fordert in einer Rede am 7. September „millionenfache Remigration“ – also die Vertreibung von Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus unserem Land.

Indem Eugen Schmidt diesen Mann als „geschätzten Kollegen“ bezeichnet und ihn hierher einlädt, bekennt er sich selbst als extrem rechts.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, worum es bei dem Treffen drüben gehen soll: Laut Einladung sollen die Teilnehmenden „die Entschlossenheit der AfD hautnah erleben“. Und sie sollen noch stärker eingebunden werden: „Die Abgeordneten geben seltene Einblicke in die Partei und zeigen Aufstiegschancen auf“. Sie wollen also den Parteiapparat mit ihren Gefolgsleuten durchsetzen und die Migrantinnen und Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion radikalieren und von unserer Demokratie entfremden.

Wir hatten bei uns im Oberbergischen im Juni 2019 ein Treffen mit ähnlicher Ausrichtung: in Wiehl-Dreisbach hatte sich eine unheilvolle Allianz völkischer Nationalisten, Holocaust-Leugner und extrem Rechter beim Treffen der „Russlanddeutschen Konservativen“

zusammengefunden. Damals wurde die Veranstaltung unter einem Decknamen angemeldet und konspirativ vorbereitet. Jetzt lädt ein Bundestagsabgeordneter öffentlich zu einer Veranstaltung mit ähnlichem Charakter ein. Das zeigt wie schnell und wie weit sich die AfD immer weiter nach Rechtsaußen entwickelt. Nicht nur in Thüringen, sondern auch bei uns hier im Oberbergischen.

Erinnern wir uns daran, dass mit Robert Ley einer der übelsten NS-Verbrecher hier aus dem Oberbergischen kam, dass in den 1930er Jahren in Teilen unseres Kreises die NSDAP Rekord-Ergebnisse erzielte. Soll jetzt wieder hier eine Hochburg des Nationalismus, der Hetze und der Menschenfeindlichkeit entstehen?

Wir müssen dem Einhalt gebieten. Wir müssen jetzt unsere demokratische Verfassung verteidigen. Als vor 100 Jahren (am 8. November 1923) die Nazis den ersten Putschversuch unternahmen, waren sie schnell besiegt und inhaftiert. Aber man hat sie nicht ernst genommen, Hitler kam bald wieder frei, die NSDAP konnte weiter wühlen und hetzen. Die demokratischen Parteien haben ihre eigenen Partei-Interessen in den Vordergrund gestellt, sie konnten sich nicht vorstellen, welche Gefahr drohte. Vor 90 Jahren, im November 1933, waren dann alle Parteien außer der NSDAP aufgelöst, die Demokratinnen und Demokraten saßen in den Konzentrationslagern, die Verfolgung und Ausgrenzung der Juden hatte begonnen.

Heute wissen wir, welche Gefahr unserer Gesellschaft droht. Heute gibt es keine Ausrede mehr: Wir müssen gemeinsam gegen Rechts, für die Demokratie eintreten!

Ich möchte schließen mit einem Zitat von Gerhart Baum aus einem Interview, dass er im September dem Kölner Stadt-Anzeiger gegeben hatte (Gerhart Baum ist FDP-Mitglied, er war vor 45 Jahren Innenminister. Wer mich kennt, weiß, dass ich in vielen Punkten mit der FDP nichts am Hut habe – doch es ist jetzt wichtiger, dass wir alle gemeinsam gegen die Feinde der Demokratie aufstehen, bevor es zu spät ist. Wenn die AfD durchkommt, haben wir keine Chance mehr, über Tempolimit und gerechte Steuern zu diskutieren):

*„Ich neige zum Alterszorn. Aber um das auch klar zu sagen: Ich bin trotz aller Warnungen nicht ohne Hoffnung für unsere Demokratie. Wir sind stark. Wir müssen diese Stärke nur entwickeln. Es gibt die Menschen, die bereit sind, die Demokratie zu verteidigen. Wir müssen sie nur aufmerksam machen, dass der Punkt erreicht ist. Wir schaffen das. Aber wir müssen kämpfen!“*

Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Ich sehe hier, dass es Menschen gibt, die bereit sind, die Demokratie zu verteidigen. Und dass wir mehr sind als die da drüben. Ich danke euch dafür!